

Horst Gloy

Zur Situation des Religionsunterrichts in der Großstadt Hamburg

Aufgrund einer Großen Anfrage der CDU, die vom Senat zunächst schriftlich zu beantworten war, diskutierte die Hamburger Bürgerschaft am 4. April 1984 über die Situation des Religionsunterrichts an Hamburgs Schulen. Es war – innerhalb von knapp 10 Jahren – bereits das dritte Mal, daß sich das Landesparlament der Freien und Hansestadt auf Initiative einer Fraktion mit diesem Stiefkind von Verfassungsrang zu beschäftigen hatte.

Die Debatten der Jahre 1976 und 1979 waren als reine Pflichtübungen abgelaufen und hatten an der deprimierenden Situation des Religionsunterrichts so gut wie nichts ändern oder auch nur in Bewegung bringen können. Die Frage war also: Würde dieses Mal mehr in Gang kommen als nur eine kurzfristige Aufgeregtheit einiger professionell Interessierter? Um die – gewagte – Antwort vorwegzunehmen: Im Augenblick spricht manches dafür. Es gibt reale Chancen, die Rahmenbedingungen für das Fach Religion schrittweise zu verbessern. Doch ehe ich diese Hoffnung zu begründen versuche, muß einiges zur »Ausgangslage« und zu den Hamburger Besonderheiten gesagt werden.

1 Zur gegenwärtigen Situation des Religionsunterrichts in Hamburg

Der *rechtliche Rahmen* für den Religionsunterricht ist auch in Hamburg durch die Grundgesetzartikel 4 und 7 bestimmt. Aber es gibt hier eine Reihe von teils geschichtlich, teils aktuell bedingten Besonderheiten.

1.1 Das im Grundgesetz Artikel 7,3 im Blick auf den Religionsunterricht geforderte Zusammenwirken von Staat und Kirche hat in Hamburg nicht – wie in den meisten anderen Bundesländern – zu einem Staats-Kirchenvertrag geführt, in dem u.a. die Pflichten und Rechte beider Seiten bei der Ausgestaltung des Faches Religion genauer beschrieben worden wären. Statt dessen gibt es seit 1964 eine Vereinbarung, auf deren Basis eine »Gemischte Kommission Schule/Kirche« in regelmäßigen Abständen »gemeinsam interessierende Fragen« berät und auf diesem Wege »zu einer beiderseits zufriedenstellenden Praxis des Religionsunterrichts in den Schulen der Freien und Hansestadt Hamburg« beitragen soll.

Ohne über die Vorzüge oder Nachteile dieser hanseatischen Regelung befinden zu wollen, wird man auf mindestens drei Aspekte aufmerksam ma-

chen müssen, die als unmittelbare oder mittelbare Folgen dieser Regelung anzusprechen sind:

- Gespräche auf der Ebene der Gemischten Kommission Schule/Kirche sind etwas anderes als Verhandlungen auf der Grundlage eines detaillierten Vertrages. Die staatliche Seite hat faktisch einen größeren Spielraum; ihre Verantwortung für die ordentliche Durchführung des Religionsunterrichts ist durch das Grundgesetz zwar prinzipiell festgestellt, aber eben auf einer sehr viel abstrakteren Ebene als dort, wo es um Erfüllung oder Nichterfüllung eines geschlossenen Vertrages geht.
- Die Mitwirkungs- bzw. Einflußmöglichkeiten der kirchlichen Seite bei der Lehrerausbildung, bei der Erarbeitung von Lehrplänen, bei der Zulassung von Schulbüchern etc. sind begrenzter als anderswo.
- Im Gefolge der Staats-Kirchenverträge gibt es fast überall die Möglichkeit, bei Mangel an staatlich ausgebildeten und eingestellten Religionslehrern kirchlich ausgebildete Lehrkräfte im Religionsunterricht einzusetzen; nicht so in Hamburg. Auch für Pastoren gibt es hier weder Rechte noch Pflichten zur Erteilung von Religionsunterricht.

1.2 Die augenfälligste Besonderheit der Hamburger Situation stellt die geltende Stundentafel dar: In fast allen anderen Bundesländern sind von der 1. bis zur 10. Klasse aller Schularten je 2 Stunden Religion, also insgesamt 18–20 Wochenstunden vorgesehen; in Hamburg sind es im Schnitt nur zwischen 8 und 9 Wochenstunden.

1.3 In den Berufsschulen Hamburgs gibt es zur Zeit – mit Ausnahme der fach- bzw. wirtschaftsgymnasialen Zweige – praktisch keinen Religionsunterricht. Er ist in der Stundentafel der beruflichen Schulen gar nicht verankert.

1.4 Im Zusammenhang mit der obengenannten Großen Anfrage hatte der Senat darüber Auskunft zu geben, in welchem Umfang der in der Hamburger Stundentafel vorgesehene Religionsunterricht tatsächlich erteilt werden kann. Die vorgelegte Statistik kam einem Offenbarungseid gleich:

- Von den in den Klassen 3 bis 6 insgesamt vorgesehenen 6 Stunden fallen ca. 25 % aus.
- In den 9. und 10. Klassen der Haupt- und Realschulen – hier »wählen« die Schüler in einer von der Schule anzubietenden Wahlpflichtalternative »Religion« oder »Politik II« – ist der Religionsunterricht praktisch zusammengebrochen.
- In den 9. und 10. Klassen der Gymnasien sieht es nur wenig besser aus; hier »wählen« 80 % der Schüler »Politik II«.
- Nur in der gymnasialen Oberstufe gibt es ein zufriedenstellendes Angebot an Religionskursen.

2 Gründe der gegenwärtigen Misere

In der Frage nach den Ursachen der angedeuteten Situation kann man sich die Antworten leicht, aber auch schwer machen:

2.1 Wie es zu der gegenwärtig geltenden Stundentafel gekommen ist, läßt sich historisch exakt angeben. Erklärt das aber hinreichend, warum das Fach Religion von den generellen Kürzungen überproportional betroffen wurde, letztlich jeweils mit stillschweigender Duldung oder gar Zustimmung der Kirche? Warum hat uns das in den Gesprächen von staatlicher Seite immer wieder vorgebrachte Argument, bei Reduzierung bzw. Ausfall von Religionsunterricht gebe es eben keine Elternbeschwerden (wie z.B. bei Mathematik), lange Zeit so wehr- und mutlos gemacht?

2.2 Ein zweites Hauptargument von staatlicher Seite bestand seit Ende der sechziger Jahre in dem Hinweis auf den Mangel an ausgebildeten Religionslehrern und an Religionslehrernachwuchs. Schwer wog vor allem, daß am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre eine große Zahl von ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen mit dem Religionsunterricht aufgehört haben. Noch heute – das weist die jüngste Statistik des Senats aus – lassen über die Hälfte der für das Fach ausgebildeten Lehrer ihre Religionsfakultas ruhen.

Das alles war frühzeitig bekannt und hätte spätestens seit Mitte der siebziger Jahre eine gemeinsame große Anstrengung zur religionspädagogischen Neu- und Nachqualifikation von Lehrern nötig gemacht. Statt dessen schlug die Finanzmisere in Staat und Kirche voll auf die Schule durch und führte u.a. zu einem rapiden Abbau gerade erst geschaffener Kapazitäten im Fort- und Weiterbildungsbereich. Haben wir dabei wenigstens ein schlechtes Gewissen gehabt?

2.3 Daß es heute im beruflichen Schulwesen Hamburgs keinen Platz für das Fach Religion gibt, läßt sich auf schulpolitische Konstellationen und Entscheidungen der fünfziger Jahre zurückführen. Daß Schüler (und Lehrer) in den 9. und 10. Klassen der Haupt- und Realschulen das Fach Religion nicht wählen, läßt sich mit dem »Lückeneffekt« begründen: Unter dem Alternativangebot »Politik II« können sich Schüler und Lehrer etwas vorstellen; was aber hat man sich unter »Reli« vorzustellen, wenn es das in der 7. und 8. Klasse gar nicht und oft auch nicht in der 5. und 6. Klasse gegeben hat? Welcher Schulleiter mag die Einhaltung der Stundentafel erzwingen (und welches Kollegium trägt das mit), wenn die Schüler meinen (auch wenn sie gar nicht teilgenommen haben), sie hätten erstmal »Konfer satt«, und wenn Lehrern bei dem Gedanken, in einer 9. Hauptschulklassse Fachunterricht Religion geben zu müssen, Angstschweiß auf die Stirn tritt?

Daß es in den Gymnasien generell, insbesondere aber in der Sekundar-

stufe II, wesentlich besser um den Religionsunterricht steht, läßt sich mit der Oberstufenreform begründen. Aber reichen solche Erklärungen wirklich aus? In Hamburg hat sich jüngst eine Elternalternative zur Förderung des Religionsunterrichts konstituiert. Kirchlich Engagierte und religiös Interessierte wollen versuchen, stärker auf die öffentliche Meinungsbildung und auf die Schulpolitik in Sachen Religionsunterricht einzuwirken. Doch von welchen Vorstellungen über die Inhalte und Ziele des Religionsunterrichts ist dieses Engagement geprägt? In aller Regel von klassischen gymnasialen Vorstellungen! Das trifft jedoch nicht allein für die engagierten Eltern zu; in Wahrheit kommen auch wir, die professionellen Religionspädagogen in Schule und Kirche, so gut wie alle von diesen Vorstellungen her; und wir sind nach wie vor ziemlich ratlos, wenn es um die konkrete Beantwortung der Frage geht, wie denn eine sinnvolle religionspädagogische Arbeit mit Jugendlichen aus der Unter- bzw. unteren Mittelschicht aussehen könne.

2.4 Für das Scheitern aller bisherigen Versuche, den Religionsunterricht in der Sekundarstufe I und in der Berufsschule zu verankern, gibt es m.E. jenseits aller konkreten bildungspolitischen, schulorganisatorischen und pädagogischen Gründe generelle Ursachen, die auch mit der Krise der Volkskirche zusammenhängen.

In dieser säkularisierten und zugleich akademisierten Stadt hat sich das geistige Leben der Volkskirche in den vergangenen Jahrzehnten mehr und mehr auf die Frömmigkeitspflege einer vergleichsweise kleinen Gruppe von Menschen und auf die Befriedigung gehobener religiöser und ästhetischer Bildungsbedürfnisse konzentriert, um nicht zu sagen: reduziert. Der Kontakt zu einem großen Teil der akademisch Gebildeten sowie vor allem zur Mehrzahl der »einfachen« Bürger und zu deren Bedürfnissen ist nahezu völlig verlorengegangen. Dafür ist die Tatsache, daß es zwischen den Kirchengemeinden und Schulen heute kaum noch Kontakte gibt, nur ein Symptom unter anderen.

Das eben Gesagte bedeutet: Der allergrößte Teil der Erwachsenen in dieser Stadt und deren Kinder verfügen von Haus aus nicht mehr über qualifizierte Vorstellungen von der geistigen Bedeutung, der sozialen Funktion und dem praktischen Sinn dessen, was im Religionsunterricht erfahren und gelernt werden kann – was bekanntlich Vorurteile gegenüber Religionsunterricht und Kirche keineswegs ausschließt. Im besten Falle (durchaus nicht in jedem!) denkt man hier: Religionsunterricht kann nicht schaden. Aber daß den Kindern und der Schule etwas Wichtiges fehlen würde, wenn »Religion« ausfällt – dieser Gedanke ist weder bei Eltern verbreitet noch gehörte er in den vergangenen Jahren zum Überzeugungsarsenal der professionellen Pädagogen und Politiker.

2.5 Diese Beobachtung führt zu einem fünften, wichtigen Punkt: Was sich aus kirchlicher Optik als Schwäche der Volkskirche darstellt, läßt sich zugleich als ein Phänomen im Bereich individueller und gesellschaftlicher Sinnvergewisserung überhaupt beschreiben.

In der Bürgerschaftsdebatte zum Religionsunterricht hat der Hamburger Schulsenator, Professor J. Grolle, dieses Phänomen im Sinne eines persönlichen Eindrucks so angesprochen: »Als ich vor sechs Jahren nach Hamburg kam . . ., da ist mir u.a. aufgefallen, daß es in Hamburg, mehr vielleicht als anderwärts, bei relativ vielen Menschen eine spürbare Distanz zu religiösen, zu kirchlichen Fragen gibt . . . Ich glaube mich nicht zu irren, daß das Klima in diesen Fragen in Hamburg ein auffällig kühles ist.«

Was religionspädagogische Arbeit in den vergangenen Jahren oft zu einem Sisypheusunternehmen gemacht hat, ist auch jener weitverbreiteten Gleichgültigkeit gegenüber allem »Religiösen« zuzuschreiben. Sie mag zwar ihre besonderen hanseatischen Facetten haben, war insgesamt aber Ausdruck eines allgemeinen Zeitgeistes, der sich – fortschrittlich, politisch und pragmatisch, wie er sich verstand – mit einer erheblichen Portion Unverständnis gegenüber allen Versuchen humaner Sinnkritik und Sinnvergewisserung abgepolstert hatte.

Daß mancher Lehrer in dieser Situation einen Ausweg gewählt und die vorgeschriebenen Religionsstunden wenigstens als Tutorienstunden bzw. für einen – hoffentlich – guten Sozialkunde- oder Deutschunterricht genutzt hat, in dem das verstehende Gespräch größeren Raum erhalten konnte, soll hier gar nicht bestritten werden. Solche »Umfunktionierungen« des Religionsunterrichts sind aber nicht die eigentliche Ursache seiner Misere, wie manche Kritiker meinen.

2.6 Ich fasse zusammen: Der Religionsunterricht hat zwar Verfassungsrang und wird im Schulgesetz der Freien und Hansestadt Hamburg ausdrücklich erwähnt. Er mag vielerorts auch besser geworden sein, als es ein Schreck- oder Phantombild aus der eigenen Schulzeit suggerieren will. Aber wozu ist er wirklich nützlich und darum notwendig? – Wurde diese Frage in den vergangenen Jahren überhaupt ernsthaft gestellt? Enthielt sie Diskussions- oder gar Zündstoff – in Lehrerkollegien und auf Elternabenden, in Familien und Kirchengemeinden, für schulpolitische Gremien und Kirchenvorstände?

Diese Frage zu stellen heißt, sie mit nein beantworten zu müssen. Daß trotz vieler Verhandlungen in der Gemischten Kommission Schule/Kirche während der letzten 10 bis 15 Jahre der Religionsunterricht in Hamburg eigentlich nur an den Gymnasien einigermaßen stabilisiert werden konnte, hat neben vielen benennbaren Gründen soziologischer, politischer, schulorganisatorischer und ökonomischer Art auch entscheidende innere Ursachen, die mit dem herrschenden Zeitbewußtsein und Selbstverständnis zusammenhängen. Ihnen ist mit Schuldzuweisungen und Verfassungsklagen am allerwenigsten beizukommen.

3 Hoffnungsvolle Perspektiven?

Wenn die vorgetragene Analyse in etwa richtig ist, dann kann eine nachhaltige Verbesserung der Situation des Religionsunterrichts in Hamburg

nur erhofft werden, wenn sich nicht nur im Blick auf die äußeren Rahmenbedingungen, sondern auch in den inneren, geistigen Voraussetzungen für das Fach positive Veränderungen anbahnen. – Für beides gibt es zur Zeit einige Anhaltspunkte, die hier nur noch kurz angesprochen werden können. Zunächst einige Hinweise zur Veränderung der inneren Situation des Faches:

3.1 In der Lehrerschaft zeichnet sich schon seit längerem eine allmähliche Veränderung in der Einstellung zum Religionsunterricht ab: statt Desinteresse eher Aufgeschlossenheit, nicht nur in der Form von wohlwollender Neutralität, sondern häufiger sogar in der Form von interessierten Fragen und Erwartungen.

Eine wachsende Zahl von Kolleginnen und Kollegen sucht und ergreift Weiterbildungsangebote für eine religionspädagogische Zusatzqualifikation. Dies hat natürlich auch arbeitsmarktpsychologische und -politische Aspekte, aber sie sind nicht ausschlaggebend. Niemand nähert sich ohne innere Neugier und Bereitschaft diesem schwierigen Fach!

3.2 Die Bürgerschaftsdebatte vom April 1984 hatte im Vergleich zu den vorangegangenen einen deutlich anderen Charakter: keine Pflichtübung, sondern von allen drei Fraktionen (SPD, CDU, GAL) ein klares Bekenntnis zum Religionsunterricht. Und es wurden Erwartungen an den Religionsunterricht und an die ihn tragenden geistigen Traditionen formuliert, so z.B. vom Hamburger Schulsenator:

»Wo immer wir uns umsehen, unsere Gesellschaft wäre um vieles ärmer, wenn es in ihr nicht das Widerlager der religiösen Frage gäbe. Ob Sie das Engagement der katholischen Sozialausschüsse oder die Arbeit der christlichen Gruppen in der Friedensbewegung nehmen, ob Sie die Ausstrahlung der katholischen Soziallehre oder die bis heute aktuellen Nachwirkungen des Bekenntnisses von Barmen nehmen, ob Sie die Denkschrift der EKD oder die Autorität eines Karl Rahner nehmen, unser aller Urteilsbildung in Grundsatzfragen unserer Gesellschaft ist ohne diese seismographischen Stationen in der moralischen Kultur unseres Landes schwer denkbar. Wenn das richtig ist, dann muß dies kritische Fragen an das Selbstverständnis der Bürger dieser Stadt insgesamt auslösen, dann provoziert dies aber auch kritische Fragen an die Hamburger Schulen.

Wird denn in unseren Schulen etwas sichtbar von den grundsätzlichen Wertfragen, die an unsere Gesellschaft, die an unsere individuelle Existenz und ihre Sinnerfüllung zu richten sind? ...«

3.3 Natürlich muß man sehen, daß die Erwartungen an den Religionsunterricht – nicht nur dort, wo sie von Parteien ausgesprochen werden, sondern auch dann, wenn sich kirchlich engagierte Personen und Gruppen zu Wort melden – zum Teil erheblich divergieren. Hier kommen aus der »Basis« plötzlich neue Aufgaben auf Theologie und Religionspädagogik zu, die nicht nur schul- und kirchenpolitische Diplomatie verlangen, sondern auch den Mut, zur eigenen Sache zu stehen. Das könnte interessant werden.

3.4 Zu den äußeren Bedingungen nur dies: Alle Möglichkeiten und Grenzen für eine Verbesserung der Situation des Religionsunterrichts – z.B. für eine Verbesserung der Stundentafel, der Lehrerversorgung, der Lehrerfort- und -weiterbildung etc. – hängen gegenwärtig auf das engste mit den allgemeinen soziologischen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen für die Schule zusammen, also – grob gesagt – einerseits mit der Chance, aufgrund sinkender Schülerzahlen endlich mit qualitativen Verbesserungen des Schulwesens zu beginnen, andererseits mit der Tatsache, daß z.Zt. kaum neue Lehrer – auch keine Religionslehrer – eingestellt werden. Deshalb gilt: Eine Kirche und eine Öffentlichkeit, die in dieser Situation auch nur den Anschein erwecken würde, als sei sie lediglich daran interessiert, in einer vergleichsweise günstigen Situation eine Umverteilung vorhandener schulischer Ressourcen zugunsten des Faches Religion durchzusetzen, würde dem Religionsunterricht über kurz oder lang mehr schaden als nützen, ja ihn in den Augen vieler vielleicht sogar endgültig diskreditieren. Wer jetzt Verbesserungen für den Religionsunterricht einfordert, wird auch den bildungspolitischen Mut aufbringen müssen, diese Gesellschaft und ihre Politiker nachdrücklich mit der Frage zu konfrontieren, ob wir gegenwärtig denn wirklich alles uns Mögliche für die Erziehung unserer Kinder tun.

Dr. *Horst Gloy* ist Leiter der Arbeitsstelle Hamburg des Pädagogisch-Theologischen Instituts der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche.